

Antrag der Fraktion der CDU**Atempause für Bremen – Vorschläge für eine erfolgreiche und menschenwürdige Flüchtlingspolitik**

Unsere christlichen und humanitären Werte verpflichten uns, Menschen in Not zu unterstützen, Verfolgten zu helfen und ihnen Schutz zu gewähren. Dies ist für uns eine Frage der sozialen Verantwortung, Mitmenschlichkeit und Nächstenliebe. Für die CDU-Bürgerschaftsfraktion gilt: Wer vor Krieg, Gewalt und Verfolgung flüchtet, verdient besonderen Schutz.

Unser Bundesland ist von Vielfalt geprägt. 22,6 Prozent der Menschen im Land Bremen sind keine deutschen Staatsbürger; 2019 hatten 37 Prozent einen Migrationshintergrund. 2022 kamen in Bremen und Bremerhaven weitere 14 400 Menschen als Geflüchtete an. Gemessen an der Bevölkerung der Bundesländer lebten mit 6,3 Prozent der Bevölkerung Ende 2022 die meisten Schutzsuchenden in Land Bremen. Wir haben demzufolge in den vergangenen Jahren deutlich mehr Menschen aufgenommen, als wir nach dem Königsteiner Schlüssel gemusst hätten.

Nachdem bereits unzählige Kommunen Deutschlands verkündet haben, dass sie dem zunehmenden Zuzug mit ihrer gegebenen Infrastruktur nicht mehr gewachsen sind, sehen wir nun, dass auch unsere staatlichen Institutionen durch den großen Zuwanderungsdruck in unsere Heimatstädte Bremen und Bremerhaven überfordert sind. Das führt dazu, dass wir Menschen kaum mehr unter würdigen Bedingungen aufnehmen und unterbringen können. Zudem sehen wir, dass Kindergärten und Schulen, Arztpraxen, der Wohnungsmarkt und Behörden im Land Bremen überlastet sind und eine wirkliche Integration kaum mehr stattfinden kann. Selbst, wo wir mehr leisten wollen, scheitern wir am Fachkräftemangel. Wir stehen an der Grenze unserer Leistungsfähigkeit, in Teilen haben wir sie bereits überschritten. Nunmehr gilt es innezuhalten, zum Wohle aller hier lebenden Menschen und im Sinne der neu ankommenden Menschen. Die überforderten Systeme brauchen unsere Aufmerksamkeit, eine Atempause und die Kraft zur Erneuerung. Wir müssen von der Überforderung wieder in die Förderung kommen. Wir kritisieren die Migrationspolitik des rot-grün-roten Senats und ihre Auswirkungen auf Menschen, die zu uns kommen und die hier leben – nicht jedoch die Menschen selbst. Wir wollen

den Menschen, die rechtmäßig Schutz bei uns suchen, tatsächlich helfen, um ihnen eine zügige Perspektive bieten zu können. Daher gilt es, konstruktive Lösungsvorschläge aufzuzeigen, um die hier ankommenden, schutzbedürftigen Menschen zu unterstützen, die Akzeptanz in unserer Gesellschaft zu erhalten und zu stärken und gleichzeitig unsere eigenen Institutionen nicht zu überlasten.

Aufgrund unseres christlichen Menschenbilds und im Sinne der Humanität sind wir verpflichtet, Menschen in Not im Land Bremen zu helfen, gleichzeitig wissen wir, dass unsere Möglichkeiten der Integration endlich sind. Wir können Menschen mit Bleibeperspektive nur dann erfolgreich und würdevoll integrieren, wenn wir diejenigen, die keine Bleibeperspektive haben und nicht freiwillig ausreisen, tatsächlich wieder in ihre Heimatländer zurückführen. Die Zahl der ausreisepflichtigen Personen im Land Bremen von derzeit 4 042 (Stand 2023) steht demgegenüber in einem krassen Missverhältnis zu den tatsächlich durchgeführten Abschiebungen, die sich im Land Bremen im Jahr 2023 auf bislang 13 Personen belaufen. Im Jahr 2022 waren es insgesamt 28 Personen, also gerade einmal 0,5 Prozent aller möglichen Rückzuführenden. Die nicht stattfindenden Rückführungen führen so zu einer massiven Verschärfung der kritischen Lage. Das Instrument der freiwilligen Ausreise, insbesondere ohne Wiedereinreisesperre, hat nicht funktioniert. Zudem ist deutlich zu sehen, dass der Innensenator überfordert ist, Verhandlungen mit anderen Ländern zur Rücknahme ihrer Staatsbürger zu führen und diese dann umzusetzen. Deshalb sollten Rückführungsangelegenheiten grundsätzlich auf Bundesebene gebündelt werden.

Zudem überfordert es unsere Integrationsfähigkeit, wenn wir in unserer Situation mehr Menschen aufnehmen, als wir nach dem Königsteiner Schlüssel aufnehmen müssten.

Es muss zunächst für alle bereits in Bremen lebenden Geflüchteten ein ausreichendes Angebot an Wohnraum, Schul- und Kitaplätzen, Arztpraxen, ÖPNV und so weiter geschaffen werden. Das gesicherte Dach über dem Kopf ist viel zu oft nur ein Zeltdach. Das bedeutet eben nicht Ankommen und Integration von Geflüchteten. Hier heißen die sozialen Brennpunkte einfach „Willkommensstadtteile“; die realen massiven Probleme vor Ort lassen sich so aber nicht länger verschleiern. Wir brauchen eine gesamtheitliche, vorausschauende Bedarfsplanung, beispielsweise bei der Unterbringung. Bremen soll selbst zu entwickelnde Unterkünfte im Eigentum des Landes beziehungsweise der Stadt schaffen. Die Praxis des Senats, ausschließlich auf Anmietungen zu setzen und nur kurzfristig zu reagieren, ist krachend gescheitert.

Auch die Anreize für das erhöhte Migrationsaufkommen müssen überdacht werden. Nicht erst seit der deutlichen Erhöhung der Regelsätze infolge der Einführung des neuen Bürgergelds, an deren Berechnungsweise sich auch Asylbewerberleistungen orientieren, stellt das hohe Niveau der

Sozialleistungen in Deutschland einen Pull-Faktor für illegale Migration dar. Die CDU-Fraktion fordert eine konsequente Umstellung auf Gewährung von Sachleistungen in Erstaufnahmeeinrichtungen und die Nutzung von Bezahlkarten im Asylbewerberleistungsrecht. Wir wollen zudem, dass möglichst jeder erwerbsfähige Geflüchtete, für den kein Beschäftigungsverbot besteht, eine Ausbildung absolviert oder einer Arbeit nachgeht. Wir halten es grundsätzlich für wichtig, die Qualifikation und Sprachkenntnisse bereits bei der Ankunft der Geflüchteten systematisch zu erfassen und über die Erteilung einer möglichen Arbeitserlaubnis zügig zu entscheiden.

Es ist uns bewusst, dass die Lösung der Probleme im Rahmen der Flüchtlingspolitik nicht allein auf Landesebene erfolgen kann. Auch europa- und bundesweit bedarf es pragmatischer Lösungsansätze, um die Akzeptanz in der Bevölkerung hinsichtlich der Maßnahmen, die zur Unterstützung und Integration von geflüchteten Menschen durchgeführt werden, wieder zu erhöhen. Hierfür wäre aus unserer Sicht ein gemeinsamer Pakt mit den anderen Bundesländern und den kommunalen Spitzenverbänden notwendig, der auf nationaler Ebene konkrete Maßnahmen für sichere Grenzen und für eine Begrenzung der irregulären Migration enthält.

Leider müssen wir für unser Bundesland konstatieren: Die Migrationspolitik „Made in Bremen“ ist alles andere als sozial. Zwölf Jahre rot-grün-(rote) Bremer Migrationspolitik sind gescheitert.

Die Bürgerschaft (Landtag) möge beschließen:

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf,

1. einen allgemeinen Aufnahmestopp für Geflüchtete zu verhängen, der mindestens so lange gilt, bis der zahlenmäßige Umfang der in Rede stehenden Personengruppe unter anderem durch frühzeitige Rückführungen, Umverteilungen et cetera aktiv auf ein Niveau abgeschmolzen wurde, den das Land gemäß dem Königsteiner Schlüssel überhaupt aufnehmen müsste,
2. dafür zu sorgen, dass Abschiebungsangelegenheiten langfristig auf Bundesebene gebündelt werden, sodass nicht länger die Bremer Ausländerbehörden für Rückführungen zuständig sind und insbesondere Straftäter konsequent abgeschoben werden,
3. Leistungen nach Asylbewerberleistungsgesetz, wo gesetzlich möglich, nur als Sachleistung oder mit Bezahlkarte zu gewähren,
4. die Nutzung von Turnhallen oder von Studierenden- und Auszubildendenwohnheimen zur Unterbringung von Flüchtlingen nur als allerletzte Option unter Zustimmung der regulären Nutzer und der örtlich zuständigen Beiräte in Betracht zu ziehen,

5. die Qualifikation und Sprachkenntnisse bei Ankunft der Geflüchteten systematisch zu erfassen, über die Erteilung einer Arbeitserlaubnis zügig zu entscheiden und Asylbewerber beziehungsweise Geduldete mit einer Arbeitserlaubnis dazu zu verpflichten, sich arbeitsuchend zu melden, damit sie das Beratungs-, Qualifizierungs- und Vermittlungsangebote der Agentur für Arbeit in Anspruch nehmen können,
6. keine Wucherverträge für Flüchtlingsunterkünfte mehr abzuschließen, nur Flüchtlinge, die eine gute Aussicht auf eine Bleiberechtperspektive haben, vorrangig in Wohnungen umziehen zu lassen und keine Unterbringungszelte und Leichtbauhallen auf Wohnbauflächen, Gewerbeflächen oder Flächen für die soziale Infrastruktur zu errichten, wie im neuen Hulsberg-Viertel,
7. auf Bundesebene einen gemeinsamen Pakt zu schließen mit den Bundesländern und kommunalen Spitzenverbänden, der auf nationaler Ebene konkrete Maßnahmen für sichere Grenzen und für eine Begrenzung der irregulären Migration enthält.

Dr. Wiebke Winter, Frank Imhoff und Fraktion der CDU